

Editorial

„Lohnsteuer runter“ oder „Vermögenssteuer jetzt“?

Julia Hofmann

In den letzten Jahren ist ein Revival von verteilungspolitischen Diskussionen zu beobachten. Dies ist nicht zuletzt der Krise und ihren, durch die neoliberale EU-Krisenpolitik verschärften, sozialen Auswirkungen geschuldet. Die soziale Ungleichheit hat europaweit stark zugenommen. Auf der einen Seite bestimmen Massenarbeitslosigkeit und Armut (vor allem in Südeuropa) den Alltag der Menschen. Arbeitnehmer_innen sind mit sinkenden Reallöhnen, einer Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und zahlreichen Sparpolitiken konfrontiert (Busch et al. 2012). Auf der anderen Seite konnten einige Wenige ihre Vermögen in den vergangenen Jahren weiter ausbauen. Laut den Daten des World Wealth Reports (2013) stieg seit Ausbruch der Krise nicht nur die Anzahl, sondern auch das Ausmaß der Vermögen der „Superreichen“ stark an.

Die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, aber auch zwischen der breiten Masse der Bevölkerung und den Vermögenden zeigt sich auch in Österreich. Insbesondere die Vermögen sind hierzulande höchst ungleich verteilt (BEIGEWUM/ATTAC/Armutskonferenz 2014): Die obersten 5% besitzen, aktuellen Daten zufolge, rund 45% des Gesamtvermögens, während der Vermögensanteil der untersten 50% bei nur 4% liegt. Österreich belegt bei der Vermögensungleichheit einen der Spitzenplätze in Europa. Bei der Ungleichheit der Einkommen liegt das Land zwar eher am unteren Ende der Skala. Doch auch die Einkommensungleichheit nimmt langsam, aber stetig zu (OECD 2014).

Zwar verteilt der österreichische Sozialstaat, im europäischen Maßstab betrachtet, noch relativ stark um (BMASK 2012), doch erscheint die Aufteilung des den Sozialstaat finanzierenden Steueraufkommens angesichts der ungleichen Entwicklungen von Vermögen und Löhnen zunehmend ungerecht. Die Erträge aus Vermögen wuchsen in den letzten Jahren weit stärker als das BIP. Parallel dazu geht der Anteil der Löhne am Volkseinkommen deutlich zurück. Trotzdem machen die Lohn- und Umsatzsteuer in Österreich rund zwei Drittel des Steueraufkommens aus, während Vermögen und Gewinne hierzulande kaum besteuert werden. Darüber hinaus begünstigt das derzeitige Lohnsteuermodell auf Grund seiner wenigen Progressionsstufen die Besserverdienenden.

Grund genug für den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB), eine Kampagne mit dem Titel „Lohnsteuer runter“ ins Leben zu rufen. Ziel der Kampagne ist jedoch weniger die allgemeine Senkung der Lohnsteuer, als eine fairere Aufteilung des Steueraufkommens. Vor allem die niedrigen und mittleren Einkommen sollen, dem ÖGB zufolge, entlastet werden. Als Gegenfinanzierung schlägt der Gewerkschaftsbund die Einführung von Vermögenssteuern und die gezielte Verfolgung von Steuerbetrüger_innen vor. Nach mehreren Monaten der Mobilisierung hat der ÖGB seine Kampagne mit der Übergabe von über 880.000 Unterschriften an die Bundesregierung Ende November 2014 offiziell mit der Ansage „Jetzt liegt es an der Regierung!“ abgeschlossen. Zumindest ein Erfolg der Kampagne scheint aus derzeitiger Sicht erkennbar: Der ÖGB hat Agenda-Setting betrieben. Bis 17. März 2015 hat die Regierung versprochen, ein Konzept für eine Steuerreform

auszuarbeiten. Insbesondere die SPÖ, die große Teile des ÖGB-Steuerreformmodells in ihr Programm übernommen hat, steht aktuell unter Erfolgsdruck.

Zwar ist der Ausgang der Verhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ derzeit noch offen, dennoch erscheint es schon jetzt sinnvoll auf die „Lohnsteuer runter“-Kampagne des ÖGB zurückzublicken. Einerseits, weil es die größte öffentliche Kampagne des Gewerkschaftsbundes seit Jahren ist und eine genauere Analyse daher durchaus sinnvoll erscheint. Andererseits, weil sich durch die Auseinandersetzung mit der Kampagne bereits erste Rückschlüsse auf Chancen und Potentiale, aber auch Barrieren und Gefahren einer Steuerreform in Österreich ziehen lassen.

Die beiden Debattenteilnehmer – David Mum von der GPA djp und Hans Schorsch von ATTAC – diskutieren in ihren Beiträgen neben inhaltlichen Fragen auch strategische Punkte. Beide stehen der Kampagne an sich durchaus wertschätzend gegenüber; sie berge das Potential, die Verteilungsfrage in Österreich wieder auf die politische und öffentliche Tagesordnung zu bringen. Während Mum sich in seinem Beitrag vorwiegend mit der Begründung der Notwendigkeit einer Steuerreform auseinandersetzt, übt Schorsch inhaltliche wie strategische Kritik und sieht die Kampagne als „vergebene Chance“ an.

Folgende Fragen und Aspekte scheinen für die inhaltlich-strategische Einschätzung der „Lohnsteuer runter“-Kampagne zentral zu sein:

1. *Inhaltliche Ebene:*

- a) Wie gerecht ist das vorgeschlagene Steuermodell des ÖGB? Reichen die Anhebung der Negativsteuer oder die Einführung eines geringeren Eingangsteuersatzes aus, um Verteilungsgerechtigkeit zu ermöglichen? Wie steht es um die Forderung nach der Anhebung des Spitzensteuersatzes?
- b) Inwiefern macht es Sinn, verteilungspolitische Fragen vorwiegend über die Frage der Lohnsteuer zu thematisieren (Stichwort: große Vermögensungleichheit vs. geringere Einkommensungleichheit im Land)?

2. *Politisch-strategische Ebene:*

Läuft das Anliegen Gefahr, ausgabenseitig gegenfinanziert zu werden und damit unerwünschte Verteilungseffekte mit sich zu bringen? Wie kann gewährleistet werden, dass eine soziale gerechte Gegenfinanzierung durchgesetzt wird (Stichwort: Vermögenssteuer)?

3. *Diskursive Ebene*

Ist es strategisch sinnvoll in einer Kampagne mit dem Begriffspaar „Steuern runter“ zu operieren (in Hinblick auf die Dominanz von Vorstellungen eines „maroden, abzubauenen (Sozial-)Staates“)?

Diese und andere, daran anschließende Fragen werden in den beiden Beiträgen von Schorsch und Mum behandelt. Es bleibt zu hoffen, dass die verteilungspolitische Diskussion 2015 nicht wieder durch einen typisch-österreichischen „Konsens“ unter den Tisch gekehrt wird.

Literatur

- BEIGEWUM/ATTAC/Armutskonferenz (2014) Mythen des Reichtums. Hamburg.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) (Hg.) (2012) Sozialbericht 2011-2012. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien.
- Busch, Klaus/Hermann, Christoph/Hinrichs, Karl/Schulten, Torsten (2012) Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht. FES Working Paper „Internationale Politikanalyse“ Friedrich Ebert Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09444.pdf>.
- Capgemini (2013) World Wealth Report 2013, http://www.capgemini.com/resource-file-access/resource/pdf/wwr_2013_1.pdf.
- OECD (2014) Policy Challenges for the Next 50 Years. Paris.